

Löbauer Stimme

Telephon: Amt Löbau Nr. 24.

Localblatt für Löbau und Umgegend.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel in Schönau (Rappbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönau (Rappbach).

Ausgabestelle und Inseraten-Annahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 58 in Löbau und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau (Rappbach).

Die Ausgabe

erfolgt wöchentlich Freitag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonnement 90 Pf., mit Abzug 1,14 Pf.

Amtliches Publications-Organ

der städt. Behörden und des Königlichen Amtsgerichts.

Insertionspreis

für Löbau und Umgegend 10 Pf. für die 1 spaltige Zeitzeile oder deren Raum, für auswärtige Inserate 12 Pf. pro Zeile. Annahmeschluß Montag, Mittwoch und Freitag mittags 12 Uhr.

Nr. 79.

Löbau, Sonnabend, den 10. Juli 1909.

6. Jahrgang.

Zum Kanzlerwechsel.

Der Reichskanzler Fürst Bülow, der das Ziel seines Verbleibens im Amt erreicht und die Ablehnung der Kotierungssteuer, der Mühlen-Umsatzsteuer und des Kohlen-Ausfuhrzolls durchgesetzt hat, begibt sich nach seinem offiziellen Rücktritt aus dem Amt zunächst nach Norderney zur Erholung und nimmt dann seinen Wohnsitz in Klein-Flottbeck bei Hamburg. Seine römische Villa Malta bewohnt er nur auf einige Wintermonate.

Auf dem Diner zu Ehren der Bundesratsmitglieder, von denen sich der Kanzler bei dieser Gelegenheit verabschiedete, zeigte Fürst Bülow eine ebenso ruhige, wie tiefste Stimmung. Auf das Bedauern über seinen Rücktritt erwiederte der Fürst, der Ausgang hätte bei einem guten Willen der maßgebenden Parteien ein anderer sein können.

Bis zur Ernennung des neuen Reichskanzlers ist alles klar und erledigt; die dritte Leistung der Reichsfinanzreform wie die Besoldungsvorlage ist nur noch Formensache. Ehe er ging, hat Fürst Bülow noch dem neuen deutschen Bauernbund auf dessen Begrüßungstelegramm mit freundlichen Worten erwidert: „Die Stärkung des Deutschums in der Ostmark und der Schutz der deutschen Landwirtschaft sind Lebensbedürfnisse unseres Volkes. Daran wird weder eine neue Gruppierung der Parteien noch ein Personenwechsel in der Regierung etwas ändern können.“

Als künftiger Kanzler wird laut „Frankf. Ztg.“ mit wachsender Bestimmtheit der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg bezeichnet, seine Ernennung wird als die nächstliegende und beste Lösung der Frage angesehen.

Ein Berliner Telegramm der „Höhl. Ztg.“ macht den Bundesratsmitgliedern und einzelstaatlichen Finanzministern einen Vornahmevorschlag, daß sie vor 14 Tagen die Erbaufsteller als die conditiv sine qua non für die Annahme der Reichsfinanzreform feierlich bezeichneten und jetzt auf ein Kompromiß ohne die gen. Besitztster eingegangen sind. Das Blatt meint, eine so vollständige Sinnesänderung, auch wenn sie mit der Rücksicht auf den dringenden Geldbedarf der Einzelstaaten unkleidet ist, müsse man einen Umsatz in aller Form nennen. Gegen das Besitztster-Kompromiß werden namentlich aus Börsenkreisen Protestkundgebungen laufen, auch bezeugt man vielfach der Behauptung, daß diese Steuergesetze zum großen Teil nur papierenen Wert behalten und den erwarteten Ertrag nicht abwarten werden.

Der Kanzlerwechsel wird erst am Donnerstag oder Freitag kommender Woche erfolgen und die Ernennung des neuen Reichskanzlers auch dann erst bekannt gegeben werden. Ein Blatt rät auch auf Staatssekretär v. Tirpitz als Nachfolger des Fürsten Bülow.

Die Angabe, daß mit dem Fürsten Bülow auch der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Schön zurücktreten werde, beruht

natürlich auf Erfahrung. Laut „Nat. Ztg.“ hält der Kaiser an dem in der Thronrede gegebenen Versprechen einer Wahlreform in Preußen unbedingt fest. Die „Kreuz.-Ztg.“ polemisiert gegen das Berliner Zentrums-Organ, die „Germania“, die gegen Bethmann-Hollweg als Kanzler protestiert, da v. Bethmann mit dem konservativ-liberalen Block zusammen gewirkt habe.

Der Kaiser besucht Kiel.

Der Kaiser ist auf der „Hohenzollern“, von Treptow kommend, vor Kiel wieder eingetroffen. Der Monarch unternimmt Rundfahrten auf seiner neuen Segeljacht „Meteor“. — Der Kaiser besichtigte die kaiserliche Werft in Kiel. Die Nachricht von einem Zusammentreffen des Zaren mit dem Kaiser in nächster Woche kann als nicht zutreffend empfunden werden. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß die beiden Monarchen in den letzten Tagen des Juli oder den ersten des August eine Begegnung haben werden. Der Zar trifft am 31. Juli vor Cherbourg ein, entweder wird die Begegnung auf der Reise dorthin oder auf der Rückfahrt von dort stattfinden. Ein auf letzterem Zeitpunkt festgesetztes Zusammentreffen wäre auch möglich, wenn der Kaiser seine Nordlandreise machen würde, die diesem ja abgürzt werden soll.

Berlin. Die Budgetkommission des Reichstages füllt ihre der Regierung unannehbaren Beschlüsse der ersten Besuch über die Gehaltsausübung der Reichsbeamten um und setzt eine Stufenfolge und Maximalgrenze fest, mit der sich auch die Regierung einverstanden erklären konnte. Nachdem der Reichsschatzsekretär wie der preußische Finanzminister noch einmal die Unannehmbarkeit erläutert hatten, wurde die Gehaltskala der Postassistenten auf 1800 bis 3300 Mk. normiert, nicht bis 3600 Mk., wie der Kommissionsbeschluß der ersten Besuch lautete. Die Postsekretäre erhalten 1800 bis 4200 Mk. Die Meinungsverschiedenheit wegen der Gehaltsausübung der Unterbeamten wird im Plenum zweifelsfrei ausgetragen werden, wahrscheinlich auf Grund des freisinnigen Antrages, der das Gehalt auf 1200 bis 1700 Mk. festsetzen will. Die Kommission verlangte 1200 bis 1800 Mk., die Regierung will nur 1100 bis 1700 Mk. gewähren. Die Budgetkommission hat die Besoldungsvorlage nach den Kompromißvorstellungen angenommen und unter Aushebung des schon in zweiter Besuch gefassten Beschlusses die Gehälter der Unterbeamten der Regierungsvorlage gen. auf 1100 bis 1700 Mk. festgesetzt, bisher hatte sie 1200 bis 1800 Mk. gefordert. Im ganzen beträgt der durch die Kommissionsbeschlüsse erwachsene Mehraufwand für die Besoldung der Reichsbeamten 170–180 000 Mk. Auch die Deckungsfrage wurde erledigt, so daß die Vorlage an das Plenum zurückzugehen konnte. — In der Budgetkommission des Reichstags bildete die Erhöhung der Mannschaftslöhne den Gegenstand längerer Debatten. Der Vorschlag des Schatzsekretärs, die Erhöhung mit ihrer Ausgabe von etwa 13 bis 14 Millionen Mk. auf eine Reihe von Jahren zu verteilen, wurde aus der Kommission entschieden bekämpft. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Mannschaftslöhnung als völlig ungenügend bezeichnet und von Hunger und Elend der Soldaten in den Kasernen gesprochen. Das wurde jedoch vom Vertreter des Kriegsministeriums sowie von Mitgliedern der bürgerlichen Parteien ausschließlich zurückgewiesen. Für die Mannschaftslöhne und Veteranenbeihilfen wurde von konservativer, freikonservativer und nationalliberaler Seite die Wehrsteuer beantragt. Neben die Deckungsfrage stand über-

haupt eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den Parteien statt. Schließlich wurde eine Resolution beschlossen, wonach die Erhöhung der Mannschaftslöhne auf das nächste Jahr vertagt wird und die verbündeten Regierungen aufgefordert werden, die hierfür erforderlichen 13–14 Millionen in den nächsten Jahren einzustellen und gleichzeitig eine Deckungsvorlage einzubringen, soweit sich eine Deckung nicht aus Sparmaßnahmen herbeileiten läßt.

Berlin. Die Ernennung des neuen Justizministers in Preußen wird nach einer Meldung der „Nat. Ztg.“ unter der Reichskanzlerschaft Bülows nicht mehr erfolgen. Die Neubesetzung des Ministeriums wird jedenfalls vor Herbst nicht erfolgen und erst der neue Reichskanzler wird berufen sein, dem Kaiser Dr. Hölles Nachfolger vorzuschlagen.

Berlin. Legationsrat Dr. Hammann, der durch die Schurzgerichtsverhandlung so glänzend rehabilitierte, hat seine Dienstgeschäfte im Amt, wo er bekanntlich als Referent für Presangelegenheiten beschäftigt ist, wieder übernommen.

Paris. Die Vorbereitungen zum Zarenbesuch sind in dem Programm zu sehen, daß für die Feierlichkeit am 31. Juli auf der Höhe von Cherbourg einmarschiert ist. Zu dieser Parade wird auch England das Schlachtschiff „Jupiter“ entsenden. Der Besuch des Zaren wird im ganzen drei Tage in Anspruch nehmen.

Belgrad. König Peter von Serbien liegt schwerkrank im Konak zu Belgrad verschieden. Der König leidet an den Folgen einer Nikotinvergiftung, die er sich durch den übermäßigen Genuss starker Zigaretten zugezogen hat. Auch hat er durch einen kürzlich erfolgten Sturz vom Pferde eine leichte Nervenschwäche erworben.

Konstantinopel. Der Wohnsitz des Sultans Abdul Hamid, die Villa Altalini, ist von der türkischen Regierung von der Société Immobilière d'Orient für 70 000 Pfund angekauft worden. Da wird Abdul Hamid in Altalini wohl bis an sein seliges Ende führen bleiben müssen.

Teheran. Letzte Meldungen aus Persien besagen, daß es den Revolutionären gelungen ist, Teheran einzunehmen. Sehr böse für den Shah ist, daß die ihm bisher ergebenen Truppen eine zweifelhafte Haltung annehmen, — die Maten verlassen anscheinend das sinkende Schiff. Die Entwicklung der Dinge in Persien sieht derzeitigen in der Türkei, wo Abdul Hamid gehen mußte, auffallend schlußvoll.

Tanger. Die Situation in Marokko ist so unklar wie möglich. Soviel aus den vielfach sich widersprechenden Meldungen herauszulesen ist, steht der Kampf zwischen den beiden feindlichen Brüdern Mulay Hafid und Mulay Kebir noch. Hafid scheint das kriegerische Glück seiner Männer zu wechseln. Dies soll von den Truppen der Empörer umzingelt sein, eine Befreiung der Stadt erscheint ausgeschlossen.

Deutscher Platztag.

Der Reichstag erdigte am Mittwoch in 6½ Stunden die Erde des Kunst- und Mode-Akkomites mit Sachsen und dem Handelsverein mit Breslau in einer und zwölften Sitzung und ist sodann die zwölfte Sitzung der Konservativen Fraktion fort. Die vor der Regierung für unannehmbar erklärte Mühlen-Umsatzsteuer und Rohr-Laufzehrung wurden abgelehnt. Abg. Sp. (B.) und Rösch. (Löß) begündeten von ihren eingeholten Antrag auf eine geringe Abschwächung der Mühlen-Umsatzsteuer gegen den Kommissionsbeschluß. Preußischer Handelsminister